

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Von:	Ständige Vertretung EU Brüssel
An:	DKOR_508, DKOR_AS-EM, DKOR_Leitung
Cc:	DKOR_BKAMT_EXT, DKOR_BMF_EXT, DKOR_BMI_EXT, DKOR_BMAS_EXT, DKOR_BMFSFJ_EXT, DKOR_EUROBMZ_EXT, DKOR_BMBF_EXT, DKOR_BMJ_EXT, DKOR_BMWK_EXT, DKOR_EUROBMWK_EXT
Betreff:	Sitzung der RAG Asyl am 11.07.2025 (Hauptstadtbericht)
hier:	GEAS-Umsetzung, Sichere Staaten Konzepte (STC und sHKL)
Zweck:	Zur Unterrichtung
Verf.:	
Geschäftszeichen:	Pol. 350.89/1
Zusatzinformationen:	BMI: MinBüro, Büro St E, Büro St K, Büro PStn L, Büro PSt dV, AL M, AL B, AL ÖS, AL V, LStab E, UAL MI, UAL MII, SV ALB, UAL ÖS I, UAL ÖS II, MI1, MI2, MI3, MI4, MI5, MI6, MII1, MII2, MII3, MII4, MII5, B2, B4, B5, E2, DG12, DVI4, VI4, VII4, OESI3, OESI4, OESII1, OESII2, PG AU BKAm: 131, 223, 132, 412 AA: AS-EM, E-11 BMJ: IVB2 BMAS: I5, I8, VIa1 BMF: EA4 BMFSFJ: Ref. EU, Ref. 103 BMWK: EA2 BMZ: G20 BMBF: Ref. 221
Anlagen:	1. Fortsetzung DKOR RAG Asyl 110725

I. Zusammenfassung und Wertung

Gegenstand der **RAG Asyl am 11. Juli 2025** waren neben dem regelmäßigen **TOP 2 „GEAS-Umsetzung“** die **KOM-Vorschläge zur Änderung des Konzepts des Sicheren Drittstaats (TOP 3)** sowie zur **Bestimmung sicherer Herkunftsländer (sHKL) auf Unionsebene (TOP 4)**.

Während sich der **Entfall der aufschiebenden Wirkung** von Rechtsbehelfen beim Vorschlag zur Änderung des Konzepts des **Sicheren Drittstaats als Knackpunkt** erweisen könnte, sind beim Vorschlag für eine **EU-Liste sHKL** vor allem zur **Bestimmung der EU-Beitrittskandidaten** und den diesbezüglichen Ausnahmetatbestand **noch viele Fragen offen**, die einer schnellen Einigung entgegenstehen.

Unter **TOP 2** appellierte die KOM an die MS, bis zum 22. August 2025 noch einmal **mögliche Beiträge beim Resettlement** zu prüfen. Bislang haben lediglich neun MS (darunter FRA und ROU) Beiträge vorläufig zugesagt. Es sei auch möglich, die Beiträge von Bedingungen abhängig zu machen. Unsere Aussage, Beiträge noch zu prüfen, wurde seitens der KOM bereits positiv aufgefasst.

Feedback: Bitte denken Sie daran, der AV Rückmeldung auf Bericht und Handlungsempfehlung zu geben.



VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Bei **TOP 3** sieht neben FRA und ESP auch PRT Änderungen am Verbindungselement kritisch. IRL dagegen teilte mit, den KOM-Vorschlag mit den drei verschiedenen Optionen mit Blick auf das Stimmungsbild im Rat mittragen zu können. Neben uns kann auch die weit überwiegende Mehrheit der sonstigen MS diesen Vorschlag akzeptieren, auch wenn viele – wie wir – eine ersatzlose Streichung des Verbindungselements bevorzugen. Die vehementesten Forderungen nach einer ersatzlosen Streichung kamen von HUN, AUT und – mit Abstrichen - BGR. Bei der Transparenzklausel (Information der KOM und anderer MS vor Abschluss einer Vereinbarung mit einem Drittstaat) sind einige MS flexibel. Im Übrigen plädiert die Mehrheit – ungeachtet der Ausführungen der KOM zum Zweck dieser Klausel – für eine nachträgliche Mitteilung.

Den vorgeschlagenen Entfall des automatischen Suspensiveffekts bei Anwendung des Konzepts beurteilt die Mehrheit der MS zwar positiv, es gibt diesbezüglich aber auch nicht unerheblichen Widerstand.

Bei **TOP 4** erläuterte die KOM, bei der Auswahl der Staaten in Anlage II abweichend vom engen Wortlaut des die Bedingungen für eine Bestimmung sHKL festlegenden Artikels 61 nur geprüft zu haben, ob in den jeweiligen Staaten grundsätzlich keine Verfolgung oder kein ernsthafter Schaden droht. Die PRÄS erhielt jedoch breite Rückendeckung für ihren Vorstoß, die Rechtsgrundlage für die Bestimmung sHKL beizubehalten. Neben uns äußerten sich auch FRA und NLD explizit kritisch bzgl. eines „hybriden Konzepts“ der sHKS in der Asylverfahrensverordnung (APR).

Uneinheitlich ist das Stimmungsbild unter den MS jedoch, was die explizite Nennung der EU-Beitrittskandidaten in der Liste sHKL anbelangt. Auch dem Textvorschlag der PRÄS zur Regelung des Verhältnisses zwischen der EU-Liste und nationalen Listen stehen die MS mit gemischten Gefühlen gegenüber, während sie sich einig sind in ihrem Wunsch nach einem Notifizierungsmechanismus bei den Ausnahmetatbeständen für die EU-Beitrittskandidaten, wobei die Form der Notifizierung noch klärungsbedürftig erscheint. NLD unterstützte unseren Prüfbedarf hinsichtlich einem möglichen weiteren Ausnahmetatbestand bei den EU-Beitrittskandidaten, wenn es zu einer Verschlechterung der Menschenrechtssituation während des Beitrittsprozesses kommt.

II. Im Einzelnen

TOP 2

Die KOM informierte darüber, dass **12 MS ihre nationalen Strategien** eingereicht hätten, es bei vielen also zu Verzögerungen komme (u.a. FRA). AUT kündigte zeitnahe Übermittlung an.

Die KOM berichtete vom **Treffen des Blueprint Networks** am 7. Juli 2025, bei dem es insbesondere um die **Datenerhebung** zur Bestimmung des Migrationsdrucks ging. **FRA und AUT wiesen auf Schwierigkeiten bei der Datenqualität und -vergleichbarkeit hin** betonten erneut, dass **nur diejenigen MS von Solidarität profitieren dürfen, die sich umfassend an das Unionsrecht halten**. FRA mahnte, MS dürften nicht gedrängt werden, Solidaritätsanteile über ihren „fair share“ hinaus zu leisten. AUT wiederum forderte, dass Ankünfte auf dem Seeweg nicht stärker berücksichtigt werden als Migration über den Landweg.

Mit Blick auf die Datenqualität forderte die KOM von den MS, sich konstruktiv in die Arbeiten der EUAA-Arbeitsgruppe einzubringen. Hinsichtlich **Daten zur Sekundärmigration** erklärte die KOM, dass MS rechtlich verpflichtet seien, auch dann Übernahmeersuchen an den zuständigen



VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

MS zu stellen, wenn dieser keine Dublin-Überstellungen akzeptiere. Manche MS würden hiervon absehen, wenn ein solches Übernahmeversuchen keinerlei Aussicht auf Erfolg hat.

Die KOM erinnerte mit Blick auf FRA auch daran, dass Personen im Rahmen von Übernahmen („relocations“) ausschließlich aus Sicherheitsgründen abgelehnt werden können. An AUT adressiert wies die KOM darauf hin, dass sich die Datenlage unter der Eurodac-III-Verordnung verbessern werde, wenn auch Kategorie-3-Datensätze eingespeichert werden.

Die KOM gab zudem einen kurzen **Überblick über die jüngsten Sitzungen verschiedener Contact oder Regulatory Committees.**

Zum Treffen mit den **Schengen-assoziierten Staaten** führte die KOM aus, dass von diesen Staaten freiwillig geleistete Solidaritätsbeiträge ein Plus zu dem darstellt, was sich bereits im Solidaritätspool befindet. Wenn sich diese Staaten dazu entschließen, Solidarität zu leisten, sind sie im Gegenzug an die Verfahrensregeln der AMM-VO gebunden.

Im Zusammenhang mit dem **Union Resettlement and Humanitarian Admission Framework** haben laut KOM bislang **lediglich neun MS Beiträge** zugesagt (sog. Pledges). Die Zusagen bewegen sich damit **unterhalb des Niveaus des letzten Zeitraums**. Die KOM appellierte an die MS, ihre Haltung zu überdenken. Mit Blick auf die weltweite Reputation der EU bedürfe es glaubwürdiger und substanzieller Zusagen, sodass es zu einer weltweiten Verantwortungsteilung („responsibility sharing“) komme. **Die MS hätten noch bis zum 22. August 2025 die Möglichkeit, Zusagen zu machen.** Diese könnten auch unter Bedingungen gestellt werden wie z. B. Verbesserungen der Situation und Kapazitäten im Bereich Aufnahme.

FRA teilte mit, mit einigen Vorbehalten im Juni Zusagen gemacht zu haben. Auch ROU hat vorläufig eine Zusage für 300 Flüchtlinge aus SSD, SDN und ERI gegeben, die sich in KEN oder EGY aufhalten. ROU äußert die Hoffnung, dass sich weitere MS anschließen.

Die KOM reagierte auf unseren Wortbeitrag positiv und sagte, es sei sehr wichtig, dass DEU mögliche Beiträge im Bereich Resettlement noch prüfe.

Mit Blick auf den Zeitplan zur Annahme des Union Frameworks wies die KOM daraufhin, dass dieser im Oktober angenommen werden müsse. Liege bis September ein KOM-Vorschlag vor, könne dieser evtl. bei einer JI-Referentsitzung diskutiert werden.

+++ Fortsetzung zu TOP 3 (STC) und TOP 4 (sHKL) in Anlage 1. +++

gez.



VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ANHANG

Registatur

BRUEEU *ZREG

Fortsetzung DKOR RAG Asyl vom 11.07.2025

TOP 3

Die **KOM** erläuterte, dass ihr **Vorschlag zum Sicherem Drittstaatenkonzept (STC)** den MS ein **Maximum an Flexibilität** erlaube. Habe ein MS keinerlei Vereinbarung mit dem Drittstaat, könne er alternativ noch auf das Verbindungselement (VE) oder das neue Transitzkriterium für die Anwendung des STC zurückgreifen. Eine vollständige Streichung des VE begrenze daher den „Pool“ möglicher Kooperationsländer. Die EG der Asylverfahrensverordnung (APR) flexibilisierten die Anwendung des VE bereits.

Einen **Prüfvorbehalt** zum Vorschlag insgesamt haben noch **BEL, SWE und EST** (parlamentarischer PV).

Für den **Großteil der wortnehmenden MS** ist – wie für uns – der **KOM-Vorschlag** zur Ersetzung des VE durch drei Optionen **akzeptabel (ITA, POL, ROU, FIN, CZE, EST, SVN, CZE, SVK, SWE, BEL, LTU, LVA, CYP, MLT, LUX, wohl auch AUT)**. Viele MS bevorzugen aber – ebenfalls wie wir – die ersatzlose Streichung (ITA, AUT, NLD, FIN, CZE, SVK, POL, GRC, CYP, MLT). **FIN** ist insofern **flexibel**. **BGR** bekräftigt die Forderung nach einer **ersatzlosen Streichung**, kann aber die Gründe für den KOM-Vorschlag zumindest verstehen. **HUN** plädierte dagegen für eine **ersatzlose Streichung** plädierte auch mit Blick auf die bevorstehenden **Verhandlungen mit dem EP**.

Während sich **PRT** dem zahlenmäßig kleinen, von der Bevölkerungszahl jedoch durchaus relevanten Lager der Anpassungen am Verbindungselement mindestens **kritisch beurteilenden MS FRA und ESP** anschloss, erinnerte **IRL** zwar an seine Position für eine Beibehaltung des VE, erklärte aber mit Blick auf das Meinungsbild im Rat, dem **KOM-Vorschlag zustimmen zu können**. **ESP** wiederholte dagegen seine **Ablehnung** von Änderungen an der APR vor deren Anwendbarkeit, während **FRA** erklärte, **keine Änderungen** mittragen zu können, die die **Einigung mit Blick auf das VE in Frage stellen**.

Der **Unterschied zwischen „agreements“ und „arrangements“** liegt laut **KOM** darin, dass erstere **rechtlich verbindlich** sind und auch Antragsteller sich auf deren Inhalt berufen können, während letztere keine Rechtsverbindlichkeit herstellen und als „Gentlemen’s Agreements“ anzusehen seien.

Aus Sicht der KOM schließt der Regelungsvorschlag zu Vereinbarungen mit Drittstaaten schon jetzt nicht aus, hierunter **auch Abkommen der EU** zu fassen. Einer **klarstellenden Aufnahme** in Artikel 59 Abs. 5 Buchst. b Ziff. iii steht die KOM aber – vorbehaltlich der Zustimmung ihres Rechtsdienstes – aufgeschlossen gegenüber. Wichtig sei, **Kohärenz** zur Regelung in **Artikel 59 Absatz 7** herzustellen. Die KOM erinnerte daran, dass sie der Vermutungsregelung in Artikel 59 Absatz 7 der APR während der GEAS-Verhandlungen sehr skeptisch gegenübergestanden habe. Auf **Frage AUTs** hin, ob man eine **Ergänzung um „EU agreements“ und „EU arrangements“** vornehmen könnte, zeigt sich die **KOM sehr kritisch**. Man hätte dann eine Vermutungswirkung durch eine Vereinbarung, die nicht einmal rechtlich bindend sei. Zudem gab die KOM zu bedenken, dass das EP der Regelung in Artikel

59 Absatz 7 nur deswegen zugestimmt habe, weil es bei Übereinkünften („agreements“) nach Artikel 218 AEUV ein Mitspracherecht habe.

Einige MS begrüßen eine klarstellende Ergänzung in Artikel 59 Abs. 5 Buchst. b Ziff. iii, dass auch Abkommen der EU hierunter fallen (**ITA, POL, ROU, BGR, FIN, CZE, LTU und CYP**). Eher skeptisch zeigte sich SVK, während **FRA** eine solche Ergänzung der Regelung sogar **ablehnte** – es solle sich hierbei nur um bilaterale Vereinbarungen zwischen MS und DS handeln.

Zweck der Transparenzklausel (Mitteilung an KOM und andere MS vor Abschluss einer Vereinbarung) ist laut KOM, die **Funktionsfähigkeit des EU-Asylsystems** zu gewährleisten. Es sei wichtig, dass die KOM rechtzeitig die Einhaltung der Vorschriften der APR prüfen könne. Andernfalls könnte es **negative Auswirkungen auf Dublin-Überstellungen** geben: Wenn eine Vereinbarung eines MS mit einem DS nicht den Anforderungen der APR genügen, könnten Dublin-Überstellungen aufgrund eines **drohenden Refoulementverstoßes** durch den zuständigen MS von Gerichten gestoppt werden. Eine Vorabprüfung von Vereinbarungen durch die KOM könne den MS auch als Argument in möglichen Gerichtsverfahren dienen.

AUT forderte dagegen die **Streichung**, weil zusätzliche Formalitäten die Praktikabilität des STC einschränkten. Es gebe bereits genug Monitoring i.R.d. GEAS, u.a. durch die EUAA. In Betracht komme ggf. eine Informationspflicht nach Abschluss der Vereinbarung. Hinsichtlich des **Zeitpunktes** sind **ROU, ESP, ITA, SWE und SVK flexibel**, wobei SWE und SVK anmerkten, eine nachträgliche Information müsse so schnell wie möglich bzw. dürfe nicht zu spät erfolgen. Wie wir votierte die **Mehrheit der wortnehmenden MS** allerdings für eine **Informationspflicht ex post (NLD, ITA, POL, FIN, EST, SVN, CZE, LUX)**, andere halten wiederum – wie die KOM – eine Informationspflicht **ex ante für vorzugswürdig (IRL, LVA, LTU)**. **NLD und ITA** hatten ähnliche Vorstellungen vom **Zeitpunkt wie wir** (nach Abschluss, aber vor dem Inkrafttreten bzw. dem ersten Transfer in den DS). IRL argumentierte explizit gegen eine Mitteilung *ex post*, andernfalls verliere die Transparenzklausel ihre Wirkung. **FRA** erklärte, die Transparenzklausel sei wichtig, um ein gleiches Informationsniveau der MS sicherzustellen. **ESP** erinnerte daran, dass **einige MS besondere Beziehungen zu bestimmten DS** haben. Diese müssten im Rahmen solcher Vereinbarungen rechtzeitig **konsultiert** werden. **BGR** forderte mit ähnlicher Stoßrichtung, dass **an den DS angrenzende MS** vor Abschluss einer Vereinbarung um **Zustimmung** gebeten werden sollten.

Vor dem Hintergrund der AUT Kritik an der Transparenzklausel erklärte die KOM, dass das **Monitoring der EUAA** sich **nicht** auf die Einhaltung des **STC** erstrecke.

Mit Blick auf eine weitere Frage AUTs, warum eine Vereinbarung mit dem Drittstaat eine „**examination of the merits**“ vorsehen müsse, erklärte die **KOM**, dass dieser Zusatz wichtig sei, um eine **Anwendung des STC durch den DS selbst auszuschließen**. Andernfalls könne es dazu kommen, dass Antragsteller von Staat zu Staat „weitergereicht“ werden (Problem des „refugee in limbo“). UNHCR habe die Bedeutung dieses Zusatzes betont.

MLT wiederholte seine **Ablehnung einer Ausnahme für unbegleitete Minderjährige** bei der Möglichkeit, das Verbindungselement durch eine Vereinbarung mit einem DS zu ersetzen. Die **KOM** versuchte die der ablehnenden Haltung zugrundeliegende Sorge von

Falschbehauptungen durch die Antragsteller zu nehmen. Es gebe in dem neuen GEAS die **Möglichkeit**, innerhalb von 30 Tagen eine **Altersfeststellung** durchzuführen. Es gebe in der APR Vorschriften, die MS vor unsubstantiierten Behauptungen einer Minderjährigkeit zu schützen.

Mit Blick auf den **Entfall des automatischen Suspensiveffekts** kündigte die **KOM** einen **Workflow** an. Ziel des Vorschlags sei es gewesen, die Fälle der Anwendung des STC in die „Familie“ derjenigen Fallgruppen aufzunehmen, bei denen schon jetzt nach der APR keine aufschiebende Wirkung entsteht. Die KOM versuchte einigen MS die Illusion zu nehmen, dass sie eine ablehnende Unzulässigkeitsentscheidung sofort vollziehen können. Es gebe immer einen **Zeitraum**, innerhalb dessen die betroffene Person einen **Antrag auf aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfs** stellen könne. Während dieses Zeitraums sei die Entscheidung nicht vollziehbar. Ein solcher Antrag könne sowohl mit Blick auf die Asylentscheidung als auch mit Blick auf die Rückkehrentscheidung (Frist 14 Tage nach dem KOM-Vorschlag einer Rückführungs-VO) gestellt werden.

Die **Mehrheit der MS** steht dem **Entfall** des automatischen Suspensiveffekts **positiv** gegenüber (**ITA, AUT, FIN, CZE, POL, GRC, LTU, LVA, EST, BGR, HUN, SVK, MLT**). Auch **IRL und LUX** sind **offen** für den Vorschlag, während SWE, BEL und CYP noch keine abschließende Position haben. Dagegen gibt es auch eine signifikante Zahl an MS, die den Vorschlag **kritisch bis ablehnend** bewertet (**ROU, ESP, FRA, NLD, SVN, PRT**). FRA und SVN fragen nach den Konsequenzen, wenn ein Antrag auf Herstellung eines Suspensiveffekts erfolglos bleibt, der Antragsteller im Hauptsacheverfahren dann aber siegt. Eine Überlastung der Gerichte durch zusätzliche (Eil-)Verfahren befürchten dagegen ESP und NLD. ROU wiederum sieht die Gefahr von Refoulementverstößen und ruft das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf in Erinnerung.

Den von **NLD** erneut eingebrachten **Vorschlag**, hier eine „**Kann-Vorschrift**“ vorzusehen, **lehnt die KOM ab**. Dies wäre ein Rückschritt und schade der **Harmonisierung** innerhalb der Union, die mit der APR erreicht werden solle.

Neben uns haben noch weitere MS **Fragen zur aufschiebenden Wirkung** eines Rechtsbehelfs gegen die Rückkehrentscheidung - insbesondere in praktischer Hinsicht - (POL, AUT, BEL, LVA, LTU) bzw. mahnten Kongruenz mit der Rückführungs-VO an (BGR, AUT, ITA, SVK, PRT, ESP, SWE, CYP und MLT).

Unsere Forderung nach einem **Entfall** der aufschiebenden Wirkung **bei** Klagen von in einem anderen MS **anerkannt Schutzberechtigten** (Artikel 68 Abs. 3 Buchst. c APR) wurde **von der KOM explizit unterstützt**. Es sei einem Versehen geschuldet gewesen, dass diese Fallgruppe vom automatischen Suspensiveffekt erfasst ist. Hintergrund ist, dass die Regelung von der AMM-VO während der Verhandlungen in die APR verschoben wurde, ohne die Frage des Rechtsschutzes zu berücksichtigen.

AUT fragte, worauf mit Blick auf das „Risiko eines Refoulementsverstoßes“ bei der Rückkehrentscheidung abzustellen sei – auf die bloße Behauptung des Antragstellers, eine behördliche Einschätzung oder eine Bewertung des Gerichts? Eine KOM gab keine Antwort in der Sitzung.

Abschließend mahnte die **KOM** an, den **Unterschied zwischen dem STC und dem Konzept der „Return Hubs“** nicht aus den Augen zu verlieren – die Anforderungen an den jeweiligen DS seien sehr unterschiedlich je nach Konzept. Mit Blick auf die Diskussionen um den Entfall des automatischen Suspensiveffekts lenkte die KOM zudem den Fokus darauf, dass es auch Auswirkungen auf den Bereich der Aufnahme habe, wenn ein Antragsteller kein Recht auf Verbleib im zuständigen MS mehr habe.

CZE betonte, dass aus dortiger Sicht eine EU-weite Liste sicherer DS sehr wichtig wäre.

TOP 4

Eingangs erklärte die **KOM**, dass die **Bedingungen für die Bestimmung sicherer Herkunftsländer (sHKL)** in der APR im Vergleich zur Asylverfahrensrichtlinie (APD) **verschärft** wurden, weil die Einschränkung, es dürfe *grundsätzlich* („in general“) keine Verfolgung und keinen ernsthaften Schaden geben („no persecution, no serious harm“), gestrichen wurde. Die KOM habe während der Verhandlungen davor gewarnt, dass unter diesen Bedingungen nur die Bestimmung von Staaten wie CAN als sHKL in Betracht komme, weshalb es der **Ausnahmen für Personengruppen und Teilgebiete** bedurft habe. Aus Sicht der KOM wären **Verhandlungen** über Ausnahmen für Personengruppen oder Teilgebiete **langwierig**, weshalb man sich im Sinne eines schnellen Gesetzgebungsverfahrens **dagegen** entschieden habe, **solche Ausnahmen vorzuschlagen**. Auf unsere Nachfrage hin erklärte die KOM, die in Anlage II genannten **Staaten anhand der Kriterien in Artikel 61 Absatz 1 der APR geprüft zu haben**, allerdings mit der **Abweichung vom Wortlaut**, dass es nur darauf ankam, ob es in diesen HKL *grundsätzlich* („in general“) Verfolgung und eine Gefahr eines ernsthaften Schadens gibt.

Für ihren Vorschlag, **Artikel 62 Absatz 1 beizubehalten**, erhielt die PRÄS die Rückendeckung der wortnehmenden MS (**FRA, NLD, ITA, ROU, ESP, HUN, CZE, AUT, MLT, FIN, SVN, POL, SWE, ITA, BGR, EST, GRC, IRL, LUX und CYP**). Lediglich LVA erklärte, hier offen zu sein. Angesichts der Ausführungen der KOM zur Verschärfung der Voraussetzungen für die Bestimmung sHKL in der APR brachte **NLD** eine **Rückkehr zum Wortlaut der APD** ins Gespräch, was auch SWE einen interessanten Ansatz fand. Zugleich **kritisierte NLD** (wie auch **FIN**), der KOM-Vorschlag führe zu **unterschiedlichen Voraussetzungen** für das Konzept auf nationaler und Unionsebene; **auch FRA lehnt „hybride Konzepte“ ab**.

Der Appetit für eine **Erweiterung der derzeitigen Liste** hält sich bei fast allen MS (**FRA, NLD, HUN, CZE, MLT, FIN, SVN, POL, SWE, ITA, BGR, EST, LVA, CYP**) in **Grenzen** mit Blick auf eine damit einhergehende **Verzögerung der Verhandlungen**. EST und CYP brachten eine **zukünftige Ausweitung** der Liste ins Spiel. Für eine **Erweiterung schon jetzt** sind SVK und BGR (mit Blick auf DZA) offen, während **AUT** dies sogar explizit fordert. In Betracht für eine Aufnahme in die Liste kommen aus dortiger Sicht z.B. GHA, SEN, ARM, DZA und BEN. AUT habe sich stets für eine starke und umfassende Liste ausgesprochen, da nur so eine effektive Anwendung des Konzepts des sHKL gewährleistet werden könne. Eine Beschränkung auf wenige Staaten wie derzeit vorgesehen könne eine **unbeabsichtigte negative Signalwirkung** mit Blick auf hohe Zuzugszahlen aus anderen HKL haben, so die bekannte Argumentation.

Keine Vorbehalte gegen die Bestimmung der in Anlage II genannten HKL zu haben erklärten explizit **FRA, ESP, GRC und LUX**. **NLD** dagegen wies auf **weiterhin bestehende Fragen** mit Blick auf Ausnahmetatbestände, die sich auch auf einzelne EU-Beitrittskandidaten beziehen, hin. Unseren Beitrag aufgreifend sprach **NLD** auch von möglichen **Ausnahmen bei einer Veränderung der Menschenrechtsslage im Beitrittskandidatenstaat**.

Die **KOM** ließ in Bezug auf die **explizite Nennung der EU-Beitrittskandidaten in der Liste Offenheit** erkennen. Mit Blick auf **UKR** müsse der Rat aber aufpassen, sich **nicht widersprüchlich zu verhalten** und das Land als sHKL zu bestimmen, nachdem gerade erst der vorübergehende Schutz bis 2027 verlängert wurde. Zudem gab die **KOM** zu bedenken, dass es für **MDA** und **GEO** bisher keine EUAA-Berichte gebe. Es sei noch zu klären, ob es solcher zwingend bedürfe, wenn die Beitrittskandidaten in die Liste aufgenommen werden sollen. Dies würde die Verhandlungen verzögern.

Mehrere MS sprachen sich für die Option einer **expliziten Nennung** aus (**FRA, AUT, HUN, MLT, SVN, GRC, SVK, IRL, LUX und CYP**). **IRL** erklärte, **UKR** müsse von einer solchen Nennung aber ausgenommen werden. Wie wir präferieren aber auch **einige MS (NLD, ESP, ITA, POL und ROU)** den **Vorschlag der KOM**. Für **POL** stellt eine explizite Nennung aber keine rote Linie dar, auch **ITA** sagte – wie **CZE, SWE, BGR, EST, LVA und MLT** - flexibel zu sein.

Bzgl. eines **Notifizierungsmechanismus** mit Blick auf die vorgeschlagenen **Ausnahmetatbestände bei den EU-Beitrittskandidaten** fand die **KOM** deutliche Worte. Während öffentlich von Bürokratieabbau und Vereinfachung gesprochen werde, sei der Rat dabei, ein „**bürokratisches Monster**“ zu schaffen. Die **Ausnahmetatbestände b) (Sanktionen) und c) (20 %-Schutzquote)** ließen sich **einfach feststellen**, es bedürfe hier keinerlei Notifizierung der MS. Die Sanktionen nach Ausnahmetatbestand b) beschließe der Rat selbst, sodass die MS hier Kenntnis hätten. Das Vorliegen der **20 %-Schutzquotenregelung** sei einfach zu recherchieren und es müsse beachtet werden, dass es **keinen Widerspruch** zur entsprechenden Regelung im **beschleunigten Verfahren** bzw. Grenzverfahren gebe. Es sei **ausgeschlossen**, dass die **KOM** einen **Durchführungsrechtsakt** erlasse mit dem sie feststelle, ob ein **Krieg** bzw. bewaffneter Konflikt wie in **UKR beendet** sei (**Ausnahmetatbestand a)**).

Einen **Notifizierungsmechanismus** für **wichtig** halten **ROU, SWE, FIN und CYP**, haben allerdings keine Präferenz geäußert für eine der von der PRÄS skizzierten Optionen. **ROU** erklärte explizit, **für beide Optionen (Durchführungsrechtsakt oder Mitteilung)** offen zu sein. Insgesamt **flexibel** zeigten sich **EST und LVA**.

Den von der ehemaligen **POL PRÄS vorgelegten Vorschlag** eines Notifizierungsmechanismus bevorzugten **FRA, ITA, CZE und AUT**, wobei erstere eine Zustimmung des Rates mit qualifizierter Mehrheit verlangen. Für einen **Durchführungsrechtsakt** sprachen sich dagegen **ESP, SVN, BGR, MLT und LUX** aus. Mit Blick auf die **Ausnahmetatbestände b) und c)** unterstützt **IRL** ebenfalls einen **Durchführungsrechtsakt**, auch aus Sicht von **SVK** sollte die **KOM** das Vorliegen dieser Ausnahmetatbestände b) und c) beurteilen. Das Vorliegen von **Ausnahmetatbestand a)** soll aus Sicht von **IRL** dagegen der **Rat** beurteilen. **POL** will **auf die Ausnahmen komplett**

verzichten, wenn es **keinen klaren Notifizierungsmechanismus** gibt und dann mit Blick auf die Beitrittskandidaten ebenfalls nur Artikel 63 APR anwenden.

AUT und HUN fordern weiterhin (vorrangig) eine **Streichung der Ausnahmetatbestände**. HUN erklärte, es sei widersinnig, dass die EU-Beitrittskandidaten strengeren Regeln unterlägen. So gebe es z.B. auch EU-Sanktionen gegen TUN. Nach dem KOM-Vorschlag gelte TUN dennoch als sicher, ein EU-Beitrittskandidat für den Zeitraum der Sanktionen indes nicht.

FRA dagegen lobte die **POL Kompromissvorschläge**. **Unterstützung** für die **Ausnahmetatbestände** kam von **ESP**, ebenso von **IRL** für den Fall, dass die EU-Beitrittskandidaten nicht explizit genannt werden.

Mit Blick auf den **Ausnahmetatbestand a)** plädierte **neben uns NLD** für den **ursprünglichen Wortlaut des KOM-Vorschlags**, um einen Gleichlauf mit der Anerkennungs-VO herzustellen. Die KOM unterstützte dies.

Mit Blick auf den **Ausnahmetatbestand b)** unterstützte **NLD** dagegen den **Kompromissvorschlag der POL PRÄS**. Auch **FIN, SWE und MLT** wiederholten die bekannte Forderung vieler MS, die Definition anzupassen. Die **KOM** ist bekanntlich **offen für entsprechende Modifikationen** des Ausnahmetatbestands und wiederholte dies nochmals.

Ein **klares Votum** gaben die wortnehmenden MS indes beim **Ausnahmetatbestand c)** ab: Hier sollen **aus Sicht von FRA, NLD, CZE, AUT, ESP, ITA, SVN, MLT, BGR, EST und IRL Eurostat-Daten als relevante Quelle** herangezogen werden. Offen für eine Bezugnahme auf EUAA-Daten zeigte sich lediglich CYP.

Den **Vorschlag** der DNK PRÄS zu einer **Klarstellung des Verhältnisses zwischen EU- und nationalen Listen** in Artikel 64 der APR sahen einige MS als **gute Grundlage** für weitere Diskussionen an (**FRA, NLD, POL, CZE, SWE, HUN, LUX, CYP**). FRA möchte allerdings die strikte zeitliche Frist von sechs Monaten durch die Formulierung „so schnell wie möglich im Einklang mit nationalen Verfahren“ ersetzen und schlug außerdem vor, klarzustellen, dass der MS dies auf nationaler Ebene regelt. Auch SVN lehnt eine starre Frist ab. Während GRC den Vorschlag mit „großer Sorge“ betrachtet, **lehnt AUT den Vorschlag kategorisch ab** aufgrund des mit einer Entfernung der Länder von der nationalen Liste einhergehenden **Bedarfs eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens**. Aus Sicht von AUT müsste die **Koexistenz der Listen** stärker zum Ausdruck kommen. **BGR und MLT** sehen ebenfalls **keinen Bedarf**, die **nationale Liste anzupassen, solange es keinen Konflikt mit der EU-Liste gibt**.

ESP und **LVA** sind mangels nationaler Listen diesbezüglich **flexibel**.

Die DNK PRÄS kündigte an, in der RAG Asyl am 8. September 2025 einen neuen Kompromissvorschlag zu diskutieren.

Bis zum 18. Juli 2025 können die MS zudem eine schriftliche Stellungnahme einreichen.